

frei.hessen



JUNI 2020, 1. AUSGABE

MAGAZIN VON PARTEI UND FRAKTION DER FREIEN DEMOKRATEN HESSEN

Die neue
Normalität?

Wir werden gestärkt aus der Krise herauskommen

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,

der Ausbruch der Corona-Pandemie war eine Zäsur, die schnelles staatliches Handeln erforderte und unsere freiheitsliebende Gesellschaft seitdem auf eine harte Probe stellt. Während die milliardenschweren Hilfsmaßnahmen für Unternehmen und Selbstständige in großer Einmütigkeit beschlossen und von einer überwältigenden gesellschaftlichen Mehrheit getragen wurden, standen sich in der Frage einer Öffnungsstrategie zwei Lager gegenüber: Das eine predigte Geduld und Disziplin und warnte aus Sorge vor einem erneuten Anstieg der Infektionszahlen vor einer zu forschen Rückkehr zur Normalität. Das andere warb mit Blick auf die Maßnahmen für ein Abwägen zwischen ihrer medizinischen Notwendigkeit und den gesellschaftlichen Schäden, die diese gleichsam anrichten.

Da wir als Freie Demokraten für die Idee des mündigen Bürgers stehen, der zeitweise auf Teile seiner individuellen Freiheit für den allgemeinen Gesundheitsschutz verzichtet, konnten wir die staatlichen Eingriffe mehrheitlich nachvollziehen. Was wir aber nicht akzeptiert haben, war die in dem Wort „Öffnungsdiskussionsorgien“ steckende Tendenz, jede in die Richtung einer schrittweisen Normalisierung gehende Überlegung mit dem Etikett der politischen Verantwortungslosigkeit zu versehen. In unserem Rechtsstaat müssen Grundrechtseingriffe begründet werden, weshalb nicht derjenige, der Freiheitsbeschränkungen auf ihre Angemessenheit hinterfragt, selbst unter moralischen Rechtfertigungsdruck geraten darf. Für uns war immer klar: Sobald es verantwortbar ist, müssen wir die Aufhebung der



Beschränkungen fordern und unsere bürgerlichen Freiheiten wiederherstellen. Dabei sollten wir aber stets darauf achten, keine innerparteilichen Auseinandersetzungen zu suchen, sondern uns mit eigenen Vorschlägen zu befassen.

Auch in dieser Krise steckt eine Chance. Wir haben unsere Parteiarbeit weitgehend digitalisiert und sind dadurch handlungsfähig geblieben. Unser Landesparteitag musste nicht ersatzlos entfallen, sondern fand in einem Digitalen Programmatischen Tag eine interessante Alternative. Auch unseren Neumitgliedern haben wir ein digitales Angebot gemacht, um ihnen den Einstieg ins Parteileben trotz der besonderen Umstände zu erleichtern. Ich bin davon überzeugt, dass unsere Gesellschaft gestärkt aus der Krise herauskommen wird. Neben der großen Solidarität und Hilfsbereitschaft sind es vor allem der Erfindergeist und die Flexibilität, die uns Mut machen sollten. Es ist beeindruckend zu beobachten, wie viel Kraft und Kreativität in unserer freiheitlichen Gesellschaft stecken.

IHR

DR. STEFAN RUPPERT
LANDESVORSITZENDER

4

Mit Vertrauen aus der Krise

© astrosystem - stock.adobe.com

4

Mit Vertrauen aus der Krise

TITELTHEMA von Dr. Stefan Ruppert

7

Digitaler Quantensprung im Bildungswesen

STANDPUNKT von Moritz Promny, MdL

9

Ehevertrag für eine starke Wirtschaft

SPECIAL von Bettina Stark-Watzinger, MdB und
Till Mansmann, MdB

11

Eine starke Demokratie ist der Schlüssel

THEMA

13

Das Corona-Protokoll

SCHWERPUNKT

16

„Digitalisierung ist das Lebensgefühl unserer Zeit“

FOKUS

18

Digitalisierung braucht dringenden Schub

DIGITALER PROGRAMMATISCHER TAG

19

Persönliches

MELDUNGEN

20

In jeder Krise ist Psychologie wichtig

INTERVIEW mit Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld

IMPRESSUM

Mit Vertrauen aus der Krise

Von Dr. Stefan Ruppert



© Comauthor - stock.adobe.com

© Yevhen - stock.adobe.com

In der Krise rückt die Gesellschaft zunächst enger zusammen. Die große Frage ist aber, wie sie danach nicht auseinanderfällt? Es liegt in der Natur des Menschen, sich gerade dann seiner selbst zu vergewissern, wenn Gesundheit und Wohlstand einer Bedrohung ausgesetzt sind. So erleben wir es auch in der Corona-Pandemie. Es ist natürlich ermutigend, wenn jüngere Menschen für ihre älteren Nachbarn einkaufen gehen oder die Kassiererin an der Supermarktkasse von einem Kunden ein aufmunterndes Lob für ihre Arbeit in schwierigen Zeiten bekommt. Auch die Bilder der von Balkonen klatschenden Menschen werden von den Medien gerne mit dem vermeintlich gewachsenen Zusammengehörigkeitsgefühl in Verbindung gebracht. Wie aber kommen wir in guter Verfassung aus dieser Krise?

Hinter der Fassade einer in weiten Teilen verständnisvollen und disziplinierten Bevölkerung, die sich an die Kontaktbeschränkungen hält und im ÖPNV sowie beim Einkaufen Mundschutz trägt, taten sich im Laufe der Zeit gesellschaftliche Risse auf, über die es sich lohnt, einmal grundsätzlicher nachzudenken. Wie lange lässt sich eine freiheitsliebende Gesellschaft in den Wartemodus versetzen? Eine wirtschaftliche Rezession beschert uns Corona mit Sicherheit. Verschärft der Virus auch die Bildungsmisere und wirken zentrifugale Kräfte auf den Zusammenhalt in Deutschland und Europa?

Als die Corona-Pandemie Mitte März auch unser Land erreichte, war die politische Einmütigkeit parteiübergreifend aus guten Gründen groß. Bund und Länder

verabschiedeten in Windeseile milliardenschwere Hilfspakete, um die Auswirkungen des Shutdowns auf die Wirtschaft bestmöglich abzumildern. Schon damals stellte sich aber die Frage, wann und in welchem Tempo das öffentliche Leben wieder hochgefahren wird. Der Erfolg der getroffenen Maßnahmen ließ sich täglich an den Infektionszahlen des Robert-Koch-Instituts (RKI) ablesen, obwohl sie lediglich die durch Tests bestätigten Fälle abbildeten. Ihrer Symbolkraft für die Kommunikationsstrategie der Bundesregierung tat dies allerdings keinen Abbruch.

Als Christian Lindner Ende April im Deutschen Bundestag vom „Ende der großen Einmütigkeit in der Frage des Krisenmanagements“ sprach, war auch parlamentarisch dokumentiert, dass das Wiederhochfahren des öffentlichen Lebens weitaus geräuschvoller ablaufen würde als das Herunterfahren einige Wochen zuvor. Die wachsenden Zweifel an der Verhältnismäßigkeit eines fortdauernden Shutdowns und der mit ihm verbundenen Freiheitsbeschränkungen führten zu kontroversen Debatten in den Bundesländern, die von der Bundeskanzlerin vielsagend als „Öffnungsdiskussionsorgien“ kritisiert wurden. Obwohl dieser Ausdruck in einer nicht öffentlichen Sitzung gefallen sein soll, entlarvte er die in der Bundesregierung aufkeimende Tendenz, jedwede notwendige gesellschaftliche Diskussion in ein moralisch verwerfliches Licht zu rücken.

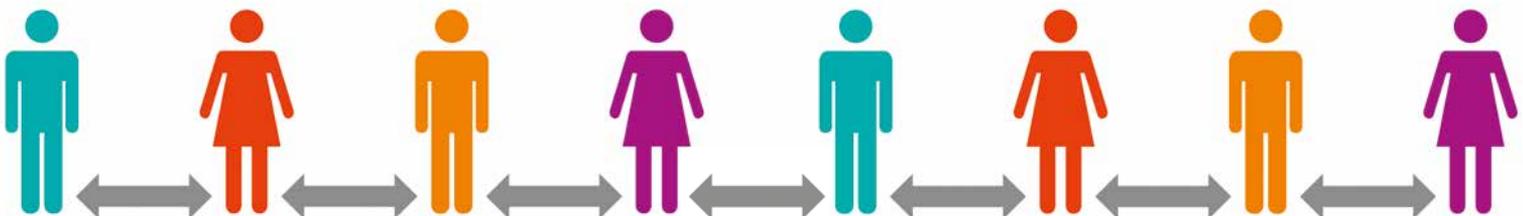
Dass sich die Bundesregierung aus Sorge vor einer neuerlichen Infektionswelle Debatten über das allmähliche Wiederhochfahren des öffentlichen Lebens verbat, war bedenklich und wurde von uns Freien Demokraten kritisiert. Dass sich Regierungsvertreter in der Folge aber sogar anmaßen, Gerichtsurteile öffentlich zu bewerten und Gerichte mit Kommentierungen moralisch unter Druck zu setzen, war nicht weniger als die Infragestellung der Unabhängigkeit der Justiz. Kanzleramtchef Helge Braun hatte in einem WELT AM SONNTAG-Interview die richterliche und durch moralisch auf den Gleichheitsgrundsatz erwirkte Aufhebung einzelner Corona-Maßnahmen als „Herausforderung“ beklagt. Ich bin froh und dankbar, dass mein ehemaliger Fraktionskollege Florian Toncar auf die Verfassungstradition, wonach das Verfassungsorgan Bundesregierung Gerichtsentscheidungen nur mit größter Zurückhaltung kommentiert, hingewiesen hat. Wir können nicht dulden, dass unsere unabhängigen Gerichte von

Regierungsvertretern dem latenten Vorwurf ausgesetzt werden, die Bekämpfung der Corona-Pandemie zu behindern.

In der Tat offenbarte der Kanzleramtsminister ein seltsames Rechtsverständnis, als er sich daran stieß, dass der Gleichheitssatz aus Artikel 3 Grundgesetz auch bei den staatlichen Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung Anwendung fand. Es ist ja gerade der Sinn der Grundrechte, die Bürger vor politischer Willkür zu schützen. Kein noch so edles Motiv, und dazu darf man die Bekämpfung einer Pandemie durchaus zählen, kann daran etwas ändern. Insofern war es bedauerlich, dass durch die Einlassungen von Herrn Braun der fälschliche Eindruck entstand, als seien die Grundrechte nach politischem Gusto auslegbar.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Ungleichbehandlungen und Differenzierungen sind in unserer Verfassung erlaubt. Sie müssen aber einen rechtfertigenden Grund haben und dürfen niemals willkürlich sein. Wenn beispielsweise Großveranstaltungen aufgrund ihres ungleich größeren Infektionsrisikos länger untersagt bleiben als kleinere Veranstaltungen, wird dies niemand als Missachtung des Gleichheitssatzes anprangern. Als aber umgekehrt Geschäfte ab einer gewissen Größe unabhängig von den dortigen Abstands- und Hygienebedingungen geschlossen bleiben mussten, während kleinere Läden wieder öffnen durften, entfiel der rechtfertigende Grund und der Verdacht der Verfassungswidrigkeit lag in der Luft. Ich stimme mit Florian Toncar überein, wenn er sagt: „Unser Rechtsstaat ist keine Schönwetterveranstaltung, er wird auch – sogar gerade – in Krisenzeiten gebraucht.“

In meiner vorerst letzten Rede im Deutschen Bundestag habe ich Pluralität als Voraussetzung zur Bewältigung von Krisen bezeichnet. Es war mir wichtig, zu erläutern, dass das Wort „alternativlos“ im liberalen Sprachschatz nicht vorkommt, weil wir Freie Demokraten immer auch die Meinung des Andersdenkenden respektieren. Gerade in diesen Zeiten erleben wir, dass wir neben einem handlungsfähigen Staat, den wir glücklicherweise haben, auch eine starke Bürgergesellschaft brauchen, weil Freiheit, wie ich immer wieder gerne betone, nicht von der Tribüne verteidigt wird. Ich bin fest davon überzeugt, dass Verantwortung und Freiheit Hand in Hand gehen. Es kommt aber noch ein dritter Baustein hinzu, nämlich



Vertrauen. Ohne Vertrauen in jeden Einzelnen werden wir die Krise nicht meistern. Der Staat setzt zwar die Rahmenbedingungen, aber nur wenn jeder Einzelne Verantwortung übernimmt, für sich selbst, aber auch für andere, werden wir erfolgreich sein. Für mich gehören Wirtschaft, Bürgerrechte und Freiheit untrennbar zusammen. Die Empirie unserer Geschichte zeigt, dass wir immer dann, wenn wir eines dieser Elemente vernachlässigt hatten, Schiffbruch erlitten. Deshalb beendete ich den inhaltlichen Teil meiner Abschiedsrede mit einem Plädoyer für die Soziale

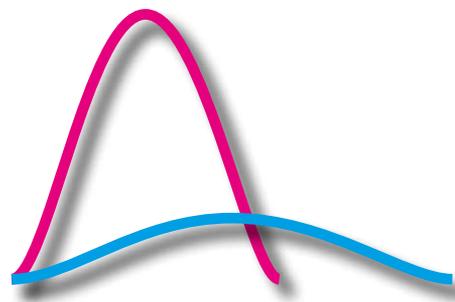
Marktwirtschaft sowie für Freiheit und Bürgerrechte. Noch so weit reichende staatliche Programme sind nur Linderung akuter Symptome. Aus der Krise kommen wir wie schon nach 1945 mit Eigeninitiative, starken Bürgerrechten, Investitionen in Bildung und Infrastruktur und nicht in Konsum. Vor allem aber kommt es auf die Tatkraft und den Einsatz jedes Einzelnen an. Wir müssen uns wieder ins Bewusstsein rufen, dass keine staatliche Maßnahme jemals die Wirkung der Summe individueller Anstrengungen erreicht. Nicht mehr die politische Märchenfrage „Spieglein, Spieglein an der Wand, wer verteilt das meiste Geld im Land“ darf die Debatte bestimmen. Es kommt auf ordnungspolitische Orientierung und eine klare liberale Haltung an. Die Pandemie hat sichtbar gemacht, woran es eigentlich fehlt: an digitaler Infrastruktur und krisenfesten Bildungssystemen. Sie hat aber auch deutlich gemacht, was uns hilft: der bewundernswerte Einsatz vieler Einzelner, eine Kultur der Leistungsbereitschaft und Solidarität gleichermaßen.

Die Corona-Pandemie hat unsere Gesellschaft auf eine Geduldsprobe gestellt. Während die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung anfangs hinter den drastischen Maßnahmen gestanden hatte, begann sich das Blatt allmählich zu wenden, als sich die ersten Erfolge des Shutdowns abzeichneten. Für uns Freie Demokraten war immer klar, dass jede Freiheitsbeschränkung täglich neu hinterfragt und, sobald dies verantwortbar ist, die Wiederherstellung unserer bürgerlichen Freiheiten angestrebt werden muss. Schließlich hätte eine weitere Fortdauer der Einschränkungen den Effekt des sozialen Auseinanderdriftens der Gesellschaft verstärkt, mit allen damit verbundenen Problemen. Bildungsferne Kinder werden nicht beschult, geringer Qualifizierte verlieren ihren Arbeitsplatz zuerst und soziale Spannungen in

schwierigen sozialen Verhältnissen auf engstem Raum eskalieren. Die Wiedererlangung der Freiheit ist eben kein Egoismus, sondern der Kitt für unsere Gesellschaft.

Obwohl heute noch niemand weiß, wie die Corona-Krise verlaufen wird, gilt als gesichertes Erkenntnis, dass wir aufgrund fehlender Medikamente und Impfstoffe noch einige Zeit mit dem Virus leben müssen. Ob man das Einhalten der Abstandsregelungen und das Tragen eines Mundschutzes deshalb gleich zur „neuen Normalität“ erklären muss, sei einmal dahingestellt. Richtig ist aber, dass es jetzt mehr denn je auf uns alle ankommt. Wird es uns gelingen, die Erfolge bei der Pandemie-Bekämpfung mit Disziplin und Vernunft zu verstetigen, oder droht uns ein Rückfall mit der Konsequenz eines abermaligen Zurückfahrens des öffentlichen Lebens? Ich bin zuversichtlich und zitiere an dieser Stelle ein weiteres Motto, das mich ebenso konstant wie zuverlässig durchs Leben begleitet: Vertraue den Menschen – sie werden es dir danken! Wenn wir den Menschen die Verantwortung für ihre Gesundheit und die ihrer Mitmenschen übertragen, werden sie umsichtiger handeln, als wenn in ihnen der Impuls erwächst, sich aus den Zwängen der als Bevormundung empfundenen Fürsorge der politisch Handelnden befreien zu wollen.

Freiheit ist immer mit Risiken verbunden. Einen absoluten Schutz kann sie nicht garantieren. Die Hoffnung auf ein selbstbestimmtes Leben könnte trotzdem nirgends größer sein als in Freiheit. Deshalb werden wir Freie Demokraten auch weiterhin dafür werben, die Freiheitsrechte auch im Krisenfall immer nur um das absolut notwendige Mindestmaß zu reduzieren. Nur so werden wir dem liberalen Geist, den das Grundgesetz atmet, gerecht. Ich schließe mit einem abgewandelten Zitat: Humor, Gelassenheit und Zuversicht sind die Kamele, die uns durch die Wüste tragen.



Digitaler Quantensprung im Bildungswesen

Von Moritz Promny, MdL



© skif - stock.adobe.com

„Unverstanden in der Krise. Jugendliche nicht nur als Schüler sehen“. Diese Überschrift einer Pressemitteilung der Deutschen Presse-Agentur lässt aufhorchen. Sie bezog sich auf die Ergebnisse der Juco-Studie, die von Forschern der Universitäten Frankfurt und Hildesheim durchgeführt wurde. Die Studie fand heraus: Fast die Hälfte der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen bezweifelt, dass ihre Sorgen gehört werden.

In den letzten Wochen wurde viel über Desinfektionsmittel und funktionierende Waschbecken in den Schulgebäuden diskutiert. Das Kultusministerium wurde aufgefordert, zu klären, wie der Schulweg sicher gestaltet und die Gefahr einer Infektion minimiert werden kann. Es wurde aber kaum über die Frage gesprochen: Wie haben junge Menschen und ihre Eltern in den letzten Wochen der Krise gelebt und was wünschen sie sich für die Wochen, die noch kommen? Welche Ängste haben sie und welche Hoffnungen? Im politischen Raum wird derzeit meist von den Institutionen ausgegangen, in

denen die Jugendlichen die meiste Zeit verbringen: den Schulen. Von allen Seiten wird auf unterschiedliche Weise die Frage beantwortet, welche Voraussetzungen es hier geben muss, um den Lernstoff am besten vermitteln zu können. Erst im zweiten Schritt folgen die jungen Menschen und ihre Eltern selber.

Dabei könnte die Corona-Krise uns praktisch veranschaulichen, was die Theoretiker an den Universitäten seit Jahren fordern. Es geht darum, junge Menschen zu mündigen, kreativen, kritischen Bürgerinnen und Bürgern zu erziehen. Um das zu erreichen, müsste man bei den Jugendlichen selber anfangen. Mathe, Deutsch, Englisch. Selbstverständlich brauchen die Jugendlichen auch grundlegendes Wissen in diesen Fächern und zuvörderst sollte die Frage gestellt werden: Welche neuen Fragen haben sich in den letzten Wochen für die Schülerinnen und Schüler ergeben? Welche Kompetenzen brauchen sie, um mit den veränderten Bedingungen umzugehen? Sind diese Fragen beantwortet, gelingt auch das Erlernen des Dreisatzes, der Komma-Regeln, oder des Past Perfect.

Der Schwerpunkt der Schulpolitik sollte insbesondere in der nächsten Zeit daher auf der digitalen Bildung liegen. Nicht als Selbstzweck, sondern um den Jugendlichen die bestmögliche Entwicklung und individuelle Förderung zu ermöglichen. Selbstverständlich muss Deutschland dafür zum Spitzenreiter in der digitalen Bildung werden.

Aufgabe der Politik ist es, die richtigen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Laut der kürzlich veröffentlichten Telekom-Studie erhalten zwar 32 Prozent der Kinder und Jugendlichen Aufgaben über eine Lernplattform, ebenso geben aber 20 Prozent an, dass Arbeitsblätter in ihren Briefkästen landen. Um das Ziel von digitaler Bildung zu erreichen, dass Jugendliche selbstständig arbeiten können und individuell gefördert werden, braucht es vor allem drei Dinge:

Schulen müssen digital arbeiten können. Das eröffnet Lehrkräften und Schülern eine Vielzahl neuer Möglichkeiten und Chancen.

Es braucht die Ausstattung der Jugendlichen mit digitalen Endgeräten. Die Corona-Krise stellt eine Gefahr für die Chancengerechtigkeit dar. Seit Jahrzehnten wird versucht, Unterschiede qua Herkunft bei Kindern und Jugendlichen so gut es geht abzufedern. Das wird nie ganz gelingen, sollte aber

immer ein Ziel der Bildungspolitik bleiben. Derzeit gerät es aber aus dem Blick. Um das zu vermeiden, muss den jungen Menschen zumindest die notwendige Hardware zur Verfügung gestellt werden.

Es braucht eine Fortbildungsoffensive. Lehrkräfte müssen für die Nutzung digitaler Lehr- und Lernplattformen geschult werden und in einen Wettbewerb um die besten Ideen und Best-Practice-Beispiele eintreten. Schülerinnen und Schüler müssen lernen, mit welchen Instrumenten sie sich mit den Lehrkräften austauschen können, aber auch welche Instrumente sie zum gemeinsamen Lernen untereinander am besten nutzen können.

Für diesen Quantensprung in der digitalen Bildung setzen wir uns ein. Die Ausstattung der Schulen mit Desinfektionsmitteln und Schutzmasken, die Organisation des Schulwegs und das Verhalten von genügend Lehrkräften sollte über diese Forderungen hinaus selbstverständlich sein – auch wenn es das nicht immer ist. Das gilt für die Zeit der Krise ebenso wie für die Zeit danach.

Vom Kind auszugehen – und nicht zuerst von der Institution – sollte auch den Umgang bei der Kinderbetreuung leiten. Der Pandemie kommt dabei immer ein Vorbehalt zu. Anders ausgedrückt: Verschlimmert sich die infektiologische Lage signifikant, müssen gegebenenfalls lokal neue Lösungen gefunden werden. Leitend muss aber die Idee sein, dass Kinder Rechte haben. Das Recht auf Spiel und Freizeit. Das Recht auf Bildung. Diese Rechte stehen in der UN-Kinderrechtskonvention und gehören zu den Grundlagen unserer Gesellschaft. Das ist die Basis des Bildungssystems der Zukunft. Ein Bildungssystem, das vom Individuum ausgeht und die Schülerin oder den Schüler gleichsam fördert wie fordert.



Ehevertrag für eine starke Wirtschaft

Von Bettina Stark-Watzinger, MdB und Till Mansmann, MdB

Am 9. September 1982 veröffentlichte Otto Graf Lambsdorff das „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“. Es war das „Scheidungs-papier“ der Regierungskoalition zwischen SPD und FDP. Die Weltwirtschaft stand in einer hartnäckigen Anpassungskrise. Das Papier war ein Paradigmenwechsel: eine Abkehr von der Vorstellung, der Staat könne gesellschaftliche und wirtschaftliche Zusammenhänge umfassend steuern. Lambsdorff hingegen setzte auf die Soziale Marktwirtschaft mit Leistungsbereitschaft und Eigeninitiative. Von diesem mutigen Schritt profitieren wir noch heute.

Fast 40 Jahre später stehen wir wieder vor großen Herausforderungen. Noch ist offen, wie tiefgreifend der Schaden der Corona-Pandemie für die Wirtschaft sein wird. Die schlimmsten gesundheitlichen Folgen – bei den ersten Einschätzungen sahen wir Zigtausende von Menschen in Deutschland in akuter Lebensgefahr – konnten wir dank unserer Stärke abwenden: Das Gesundheitssystem wurde weit unterhalb der befürchteten Belastungsgrenze gehalten, und auch die konkreten Gefährdungen von wirtschaftlichen Existenzen halten sich derzeit durch Kurzarbeit und Soforthilfeprogramme noch in einem Rahmen, der viele glauben lässt: Puh, das ist doch nochmal gut gegangen.

Für uns Freie Demokraten ist klar, dass wir in Deutschland bislang noch so scheinbar gut durch diese Krise gekommen sind, weil wir in den vergangenen Jahrzehnten einen so großen Wohlstand erwirtschaften konnten. Wir setzen diesen Wohlstand nun in zweierlei Hinsicht ein. Einmal leben wir nun von dem, was wir in guten Zeiten erspart haben: So war unter anderem die Kasse, aus der das Kurzarbeitergeld bezahlt wird, zu Krisenbeginn mit rund 26 Milliarden Euro gefüllt. Und zum Zweiten ist unsere volkswirtschaftliche Bonität so gut, dass wir gigantische Summen zu günstigen Konditionen leihen können. Dabei muss uns aber immer klar sein: Diese Bonität beruht auf dem Versprechen, zu alter wirtschaftlicher Kraft zurückzufinden, um die Schulden später mit Zinsen wieder begleichen zu können.

Unsere Aufgabe ist es nun, diese Leistungsfähigkeit bald wieder zu einer Blüte zu bringen. Wir haben dabei auch die Gelegenheit, Fehler der Vergangenheit, die nun wie in einem Brennglas offensichtlich werden, zu korrigieren. Wir sehen: Die Große Koalition ist zukunfts-müde. Sie hat in den letzten Jahren jeden Gestaltungsanspruch vermissen lassen, die Grundlagen für die Wirtschaft des 21. Jahrhunderts zu legen.

Derzeit ersetzen insbesondere in den Köpfen der SPD staatliche Lenkungsphantasien marktwirtschaftliche Mechanismen. Kollektivistische Ansätze verdrängen eigenverantwortliche Initiativen. Das ist falsch. Denn nur durch die Marktwirtschaft war es möglich, dass Finanzminister Scholz seine „Bazooka“ an Hilfen ziehen konnte.

Wir Freie Demokraten machen den anderen Parteien nun ein Angebot, die sozialistischen Träumereien weniger (wenn auch bisweilen leider prominenter) Akteure links liegen zu lassen und mit uns die Zukunft zu gestalten. Wie sieht dies nun konkret aus?

Die Lehre aus der Finanzkrise 2009, der letzten großen Krise dieser Art, ist, dass wir nur durch Wachstum den drohenden Arbeitsplatzverlust oder eine Welle von Insolvenzen verhindern können. Staatliche Hilfsprogramme und Subventionen ersetzen am Ende keine Wertschöpfung. Wir müssen – gerade in Zeiten, in denen links der Mitte wieder von einer rot-rot-grünen Mehrheit geträumt wird – gegen ein gefährliches Narrativ kämpfen, das den Leuten verspricht: Es sei doch genügend Geld da, man müsse es nur anders verteilen.

Dieser statische Blick auf die Wirtschaft, der Besitz, Investition, Wirtschaftskraft und Innovation in einen viel zu kleinen Topf wirft, verkennt völlig, dass wirtschaftlicher Wohlstand an jedem einzelnen Tag durch fleißige Hände und kluge Köpfe erhalten und vermehrt wird – und bei Zerstörung der Strukturen unwiederbringlich zerfällt.

Der Kern unserer Vorschläge ist ein konstruktiver: Nicht Umverteilung, nicht Steuererhöhungen, nicht Wirt-

schaftslenkung werden uns durch die Krise helfen! Statt mehr Belastung brauchen wir ein Entfesselungsprogramm!

Steuerstaat als Partner in guten wie in schlechten Zeiten

Unser Steuersystem muss atmend aufgestellt sein und auf wirtschaftliche Einbrüche künftig schneller und angemessener reagieren können.

Daher schlagen wir eine Gewinnbesteuerung vor, die wir auch in den negativen Bereich ausdehnen wollen. Heißt: In guten Zeiten, in denen Gewinne erwirtschaftet werden, zahlen die erfolgreichen Betriebe Steuern – in Krisenzeiten erhalten sie aus dem gleichen Mechanismus Rückerstattungen. Die Verlustverrechnungsmöglichkeiten müssen deutlich erweitert werden. Manchen Freien Demokraten kommt dieses Prinzip vielleicht bekannt vor – so ist auch unser „Liberales Bürgergeld“ gestrickt. So wird am Ende für Unternehmen („negative Gewinnsteuer“) und Bürger („liberales Bürgergeld“) der Staat zum systematischen Finanzpartner mit der Aufgabe der intelligenten Finanzierung unseres Gemeinwohls – einschließlich tauglicher Mechanismen für die Bewältigung von Wirtschaftskrisen.

Investitionen entfesseln

Es ist nicht der träge, bürokratisch agierende Staat, der entscheiden soll, welches Unternehmen wie viel Geld erhält – es sind vor allem private Investitionen, die eine innovative, leistungsfähige Wirtschaft antreiben. Das Wichtigste sind Instrumente zur Ankurbelung von Investitionen. Dazu gehört auch die Möglichkeit, in den nächsten beiden Jahren den Erwerb von beweglichen Wirtschaftsgütern sofort abschreiben zu können. Der Staat kann Unternehmen bei Innovationen auch unterstützen, indem er Investitionen in Forschung und Entwicklung steuermindernd anerkennt.

Flexibler Arbeitsmarkt

Die Pandemie-Krise konnte unter anderem abgefedert werden, weil die Digitalisierung es auf vielen Arbeitsplätzen erlaubt hat, Arbeitnehmer in das sog. „Homeoffice“ zu schicken. Dabei hat sich auch gezeigt, wo unser Land noch nicht im digitalen 21. Jahrhundert angekommen ist. Neben der nicht ordentlich ausgebauten digitalen Infrastruktur sind veraltete Arbeitsgesetze zum Hemmschuh geworden: Im Homeoffice greift der Gedanke von Stechuhren nicht mehr. Es ist vor allem im

Interesse der Arbeitnehmer, mehr Flexibilität zu bekommen. Wir schlagen daher vor, die rigiden täglichen Arbeitszeitvorschriften in flexiblere wöchentliche Regeln umzuformulieren – ohne dass unter dem Strich Arbeitnehmer länger arbeiten oder kürzere Pausen machen sollen.

Ausgabenmoratorium für konsumtive Zwecke

Die Sozialausgabenquote des Bundeshaushalts ist allein im letzten Jahr um drei Prozent gestiegen – auch das war nur durch eine starke Wirtschaft möglich.¹ Wir dürfen jetzt nicht den Fehler machen, den Haushalt mit neuen dauerhaften nichtinvestiven Ausgaben zu belasten. Deshalb brauchen wir ein Ausgabenmoratorium für langfristig angelegte konsumtive Ausgaben wie zum Beispiel die Grundrente.

Nach Jahren des Gartens Eden werden wir in den kommenden Monaten wieder Verteilungskämpfe erleben. Wenn wir jetzt nicht beherzt unsere Wirtschaft stärken, dann nehmen wir unseren Kindern und Enkeln Lebenschancen. Sie brauchen einen Staat, der finanziell in der Lage ist, ihnen die weltbeste Bildung zukommen zu lassen. Jeder ist gefordert, seinen Anteil an der Generationengerechtigkeit beizutragen.

Otto Graf Lambsdorff hat Anfang der 1980er-Jahre einem Koalitionspartner, der immer mehr auf einen zu stark regelnden Staat gesetzt hatte, sein „Scheidungs-papier“ vor die Füße geworfen. Wir bieten heute den anderen politischen Kräften einen neuen Ehevertrag an: Gemeinsam mit ihnen wollen wir Freie Demokraten die Lehren aus der Krise ziehen und mit Innovationen, Wachstum und neuer fairer Lastenverteilung unserer Sozialen Marktwirtschaft, die auch Grundlage und Garant unseres freiheitlich-demokratischen Systems ist, wieder zu neuer Kraft verhelfen. Einer Kraft, die nicht vom Staat bedrängt und gelenkt wird, in der Menschen nicht begrenzt und kontrolliert werden, sondern in der Leistungsbereitschaft für Wohlstand sorgt, in der der Staat einen soliden Rechtsrahmen schafft, Gesetze zügig und gleichmäßig umsetzt und als Finanzpartner das Gemeinwohl aller im Sinn hat.



INTERNET:

¹<https://bit.ly/2Y6uBRW>

Eine starke Demokratie ist der Schlüssel!

Wie die Freien Demokraten den (Rechts-)Extremismus bekämpfen wollen

Gut ein Jahr ist es her, dass der Kasseler Regierungspräsident Dr. Walter Lübcke an seinem Wohnort in Nordhessen ermordet wurde. „Es war eine Tat, die uns alle erschüttert hat: Ein christdemokratischer Politiker, der sich für Flüchtlinge eingesetzt hat, wurde offenbar aufgrund dieser humanitären Einstellung ums Leben gebracht“, sagt Stefan Müller, innenpolitischer Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag.

Natürlich stellt sich uns die Frage nach den Konsequenzen. „Die strafrechtliche Aufarbeitung des Falls ist Sache der Justiz, vor der sich der mutmaßliche Täter Stephan E. verantworten muss“, betont Müller. „Doch der schreckliche Mord stellt auch die Politik vor große Herausforderungen. Zum einen müssen wir die Rolle der Sicherheitsbehörden und des Verfassungsschutzes vor und nach der Tat aufklären – wir Freie Demokraten haben maßgeblich darauf hingewirkt, dass jetzt ein Untersuchungsausschuss eingesetzt wird. Zum anderen müssen wir den Rechtsextremismus in Hessen konsequent und nachhaltig bekämpfen.“



© Ingo Bartussek – stock.adobe.com



Letzteres ist umso stärker geboten, da der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten nicht die einzige „von rechts motivierte“ Tat war. Erinnert sei an die NSU-Morde, aber auch an die Morde von Hanau im Februar dieses Jahres. „Hessen hat ein Problem mit Rechtsextremismus“, sagt denn auch Stefan Müller.

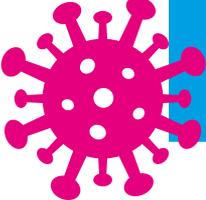
Die Fraktion der Freien Demokraten hat sich des Themas angenommen und Ideen entwickelt, wie Extremismus bekämpft werden kann. „Der Schlüssel dazu liegt für uns in der Stärkung der Demokratie. Wer die Werte unserer freien und demokratischen Gesellschaft schätzt, wird sie verteidigen und nicht angreifen“, sagt Innenpolitiker Müller und betont: „Wir wollen, dass die Menschen in Hessen selbstbestimmt in Freiheit und ohne Angst leben können. Dafür braucht es einen starken Rechtsstaat und eine funktionierende Demokratie.“ Die Bürgerinnen und Bürger müssten sich darauf verlassen können, dass Organisationen, extremistische Strukturen und Einzelpersonen, die diese Grundlagen unserer Gesellschaft gefährden, bekämpft werden. Strafrechtlich relevante Taten müssen durch eine effektive Strafverfolgung konsequent geahndet werden.

Müller ist überzeugt: „Der wirksamste Weg ist aber, ein Abgleiten in den Radikalismus von vornherein zu verhindern. Um Extremismus erfolgreich bekämpfen zu können, muss eine nachhaltige Demokratie-Infrastruktur

geschaffen werden. Diese muss langfristig angelegt sein und einem Gesamtkonzept folgen. Die Bekämpfung von Extremismus darf nicht nur von zahlreichen Einzelprogrammen, die nebeneinander abgearbeitet werden, geprägt sein. Für die Erarbeitung und Umsetzung einer umfassenden Demokratie-Infrastruktur braucht es einen Schulterschluss der demokratischen Kräfte“, fordert Müller und nennt eine Enquete-Kommission im Landtag als ein mögliches Gremium.

Präventionsarbeit müsse dabei auf lokaler Ebene beginnen. „In den Niederlanden wird beispielsweise sehr gut an sogenannten kommunalen Falltischen gearbeitet. Dort kommen unter anderem Jugendamt, Jugendhilfeeinrichtungen und lokale Behörden zusammen, um Extremismus vorzubeugen und Anreize zur Abkehr von der rechtsextremistischen Szene zu schaffen“, erklärt Müller. „Um es einfach auszudrücken: Lokal sind die (potenziellen) Rechtsextremisten bekannt, der Weg zu ihnen ist buchstäblich kürzer.“

Für wichtig halten die Freien Demokraten darüber hinaus eine Stärkung der Medienkompetenz für alle Altersklassen. „Das wird eine entscheidende Aufgabe sein“, meint Müller. „Radikalisierung findet heute immer öfter im Netz statt, wo Hassreden von sich gegeben werden. Wer mit Worten Gewalt und Hass ausdrückt, lässt mitunter auch Taten folgen.“



Das Corona-Protokoll

Die Atemwegserkrankung COVID-19 trat erstmals im Dezember 2019 im chinesischen Wuhan auf. Von dort aus verbreitete sich das neuartige Corona-Virus schnell auf andere Kontinente. Im Januar 2020 gab es die ersten Infektionen in Deutschland. Ende Februar erreichte das Corona-Virus dann auch Hessen – eine Bedrohung, mit der die hessische Landespolitik bisher niemals konfrontiert gewesen war.

Freitag, 13. März 2020. Seit geraumer Zeit schwebt Corona wie ein Damoklesschwert über Deutschland. Gestern haben die Länderchefs und Kanzlerin Merkel bis tief in die Nacht mit Experten des Robert-Koch-Instituts und der Berliner Charité über mögliche Schritte zur Eindämmung des Virus beraten. Auch Schulschließungen wurden erwogen. Und vorerst wieder verworfen. Hessens Ministerpräsident hatte sich ebenfalls dagegen ausgesprochen.

René Rock ist auf dem Weg nach Wiesbaden. Er telefoniert mit SPD-Kollegin Nancy Faeser. Die Vorsitzenden der beiden Oppositionsfraktionen sehen den gestrigen Beschluss kritisch. An diesem Freitag hat sich die Zahl der Corona-Infizierten im Vergleich zum Vortag fast verdoppelt. Rock hat die Bilder aus Italien vor Augen. „Wir dürfen uns kein weiteres Zögern leisten. Es müssen jetzt schnell klare Entscheidungen getroffen werden, damit wir nicht der Entwicklung der Lage weiter hinterherlaufen“, sagt der langjährige Gesundheitspolitiker. Er weiß, dass die Schließung der Schulen und Kitas die Menschen im Land vor große Herausforderungen stellen wird. In einer gemeinsamen Pressemitteilung fordern Freie Demokraten und Sozialdemokraten schließlich die Landesregierung auf, die Schulen und Kitas ab dem kommenden Montag geschlossen zu halten. „Wir erwarten jetzt Führung von der Landesregierung, dann hat sie uns auch an ihrer Seite“, heißt es in der Mitteilung. Nur wenige Minuten später läuft die Meldung über den

Ticker. Ebenso wie die, dass Bundesländer wie das Saarland, Bayern und Niedersachsen flächendeckend ihre Schulen schließen, Hessens Krankenhäuser ab sofort Patientenbesuche verbieten und die Bundesliga den Spielbetrieb aussetzt. Noch am frühen Abend informiert Ministerpräsident Bouffier das Land, dass Hessens Schülerinnen und Schüler ab sofort zuhause bleiben sollen.

Gleiches gilt nunmehr auch für die Abgeordneten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FDP-Landtagsfraktion. „Es zahlt sich aus, dass wir als Fraktion digital aufgestellt sind und unser Team mobil arbeiten kann“, sagt Jürgen Lenders. Erst im vergangenen Jahr hatte sich die Fraktion in Bezug auf ihr Raum- und Arbeitskonzept neu aufgestellt. Für nächsten Dienstag hat der Parlamentarische Geschäftsführer eine rein digitale Sitzung der Fraktion zur Lageberatung angesetzt.

Montag, 16. März 2020. Der erste offizielle Home-Office-Tag der Landtagsfraktion beginnt mit der üblichen Morgen-Schalte zur Beratung der Medienlage. Als weiteren Schritt im Kampf gegen das Corona-Virus hat die Landesregierung am Samstag Veranstaltungen mit mehr als 100 Teilnehmern verboten und Bürgerinnen und Bürger dazu aufgefordert, persönliche Kontakte einzuschränken. Yanki Pürsün sagt, dass er Maßnahmen für das Gesundheitswesen vermisst. Das Wochenende hat er damit verbracht, einen Forderungskatalog auszuarbeiten. „Das Land muss weitere Intensivbetten und Beatmungsgeräte organisieren und es muss die Anschaffung von medizinischem Gerät für die Krankenhäuser finanziell sicherstellen“, erklärt der gesundheitspolitische Sprecher seinen Kollegen. Die Fraktion wird nachher einen Schutzschirm für Kliniken fordern. Auch sollen freie Krankenhaus- und Laborkapazitäten zentral erfasst werden. „Für alle Corona-Erkrankten, die eine medizinische Behandlung benötigen, muss das Gesundheitssystem bestmöglich ausgerüstet sein und funktionieren“, sagt Pürsün.

Am Nachmittag tagt erneut das Kabinett. Anschließend kündigt die Landesregierung an, dass ab dem kommenden Mittwoch alle Bars, Diskotheken, Theater und



Museen sowie Sportanlagen, Fitnessstudios und Spielplätze sowie große Teile des Einzelhandels geschlossen bleiben.

Dienstag, 17. März 2020. Um 11:30 Uhr beginnt die erste rein digitale Fraktionssitzung der Freien Demokraten im Hessischen Landtag. Vom heimischen Schreibtisch berichtet René Rock über die gestrige Telefonkonferenz mit dem Ministerpräsidenten. Dieser hat angemeldet, einen Nachtragshaushalt vorzulegen, der im verkürzten Verfahren vom Parlament bewilligt werden müsse. Marion Schardt-Sauer, die in einer Telefonschleife mit dem Finanzminister ebenfalls Informationen dazu erhalten hat, ergänzt, dass Soforthilfen auf den Weg gebracht und Mittel für Kredite bereitgestellt werden sollen. Die Fraktion beschließt, der Landesregierung für ihr Vorhaben Unterstützung zu signalisieren, gleichzeitig will man auch einen Punkteplan zur akuten Rettung der Wirtschaft fordern. Zum Ende der Videokonferenz informiert Jürgen Lenders die Fraktion über den geplanten Ablauf der am Dienstag anberaumten Notsitzung des Landtags. Es seien keine Besucher mehr zugelassen; die Hygiene- und Abstandsregeln müssten eingehalten werden, Abgeordnete deshalb auf die Besuchertribüne und das Foyer ausweichen. Mit den anderen Fraktionen habe man vereinbart, dass trotz Abwesenheiten Einzelner die Mehrheitsverhältnisse abgebildet werden. Die FDP-Fraktion will das Vorhaben unterstützen. Gerade angesichts der bestehenden Herausforderungen muss das Parlament handlungsfähig bleiben, um wichtige Entscheidungen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger fällen zu können.

Freitag, 20. März 2020. Die Fraktion hat zu ihrer ersten digitalen Pressekonferenz geladen. Im virtuellen Raum haben sich schon um kurz vor 11 Uhr einige Journalisten zusammengefunden. Sie sind neugierig: auf den Ablauf der bevorstehenden Parlamentssitzung, auf die Vorschläge und Forderungen der FDP und vielleicht auch auf das Home-Office des Fraktionsvorsitzenden und der Kollegen. „Wir sehen in diesen Tagen, wie wichtig digitale Kommunikation ist“, sagt Rock. Er erläutert den Pressevertretern, dass die Digitalisierung in allen Lebensbereichen vorangetrieben werden müsse, von Schule über Verwaltung bis zum Gesundheitswesen. Auch seine Sorge um die hessische Wirtschaft thematisiert er. „Klar ist, dass die Folgen immens sein werden. Deshalb darf die Landesregierung jetzt nicht auf Berlin warten, sondern muss selbst aktiv werden, um unbürokratisch zu helfen. Je kleiner das Unternehmen, umso schneller müssen Hilfen her“, untermauert er seine

Forderung. Seit einigen Tagen erreichen ihn und seine Kollegen Hilferufe insbesondere von Kleingewerbetreibenden, Solo-Selbstständigen und Freiberuflern.

Am Nachmittag lädt die Landesregierung ebenfalls zu einer Pressekonferenz. Sie findet wie üblich in der Staatskanzlei statt. Bouffier verkündet eine Verschärfung der bisherigen Maßnahmen. Ab Samstag sind in Hessen Ansammlungen und Zusammenkünfte an öffentlichen Orten von mehr als fünf Personen untersagt.

Auf dem Instagram-Kanal der Fraktion bewertet Yanki Pürsün die Maßnahmen und gibt eine Einschätzung zur Entwicklung der Infektionszahlen. Diese sind in Hessen mittlerweile auf 1.265 angestiegen. Es ist die erste Folge des „Corona-Briefings“, das ab sofort mehrere hundert Menschen täglich verfolgen werden.

Dienstag, 24. März 2020. Die „Notsitzung“ des Landtags beginnt um 11 Uhr. In seiner Regierungserklärung bezeichnet Volker Bouffier die Corona-Krise als Herausforderung, wie es sie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr gegeben habe. Er gibt eine angemessene Einschätzung der Lage ab, sie liefert kaum Angriffsfläche für die Opposition. In seiner Rede warnt René Rock nochmal eindringlich vor den vielseitigen Herausforderungen. „Der notwendige Kampf gegen das Virus darf nicht zur Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz einiger Bürger führen, die für das Corona-Virus genauso wenig verantwortlich sind wie jeder andere Bürger auch“, sagt er. Dann wird der Nachtragshaushalt eingebracht. „Große Unternehmen, kleine und mittelständische Unternehmen, aber auch die vielen Kleinstunternehmer und Solo-Selbstständige sowie Freischaffende – sie alle waren und sind Teil unserer starken hessischen Wirtschaft. Wir wollen, dass sie die Stärke auch zukünftig behalten“, begründet Marion Schardt-Sauer die Zustimmung der FDP-Fraktion. Die haushaltspolitische Sprecherin der Freien Demokraten betont die Notwendigkeit, dass die finanziellen Hilfen schnell, unbürokratisch und zielgenau ankommen müssen – bestenfalls bis 1. April. „Für uns liegt es auf der Hand, dass die Auszahlung am schnellsten durch die Finanzämter erfolgen kann“, sagt Schardt-Sauer. Am Ende des Tages verabschiedet der Hessische Landtag den Nachtragshaushalt einstimmig. Auf diese Weise sollen Soforthilfen in Höhe von zwei Milliarden Euro geleistet werden können.

Mittwoch, 1. April 2020. Stefan Naas bereitet sich auf ein Live-Gespräch mit Facebook-Usern vor. Seit Montag können in Hessen die Soforthilfen beantragt werden. Der wirtschaftspolitische Sprecher will wissen, wo Probleme liegen. Die Berichte ähneln sich: Wer Geld zurückgelegt hat oder auf laufende Kredite zurückgreifen kann, bekommt den Antrag nicht bewilligt. „Das ist ungerecht gegenüber denjenigen, die gut gewirtschaftet haben oder einen Kredit für eine größere Investition aufgenommen haben“, sagt Naas in die Laptop-Kamera. Ihm ist wichtig, dass alle Unternehmen und Freiberufler entschädigt werden, die ihre Geschäfte aufgrund der Corona-Anordnungen gar nicht mehr oder nur eingeschränkt betreiben können. Dieser Verlust kann seiner Ansicht nach nicht durch ein Bankdarlehen reguliert werden. „Für ein Darlehen muss der Unternehmer eine wirtschaftliche Perspektive vorweisen. Die kann aber durch die Corona-Krise infrage gestellt sein“, erklärt Naas anschließend in einer Mitteilung an die Presse. „Hessens Unternehmer haben mehr Unterstützung verdient, als sie derzeit bekommen“, wird er nachher in der Zeitung zitiert.

Donnerstag, 2. April 2020. In einer Telefonkonferenz mit den wirtschaftspolitischen Sprechern der Fraktionen berichtet Tarek Al-Wazir zum aktuellen Stand der Soforthilfen. Die Befürchtungen von Stefan Naas werden vom Wirtschaftsminister bestätigt. Die Auszahlung des dringend benötigten Geldes klappt nicht so schnell und unbürokratisch, wie es in dieser Situation geboten ist.

Dienstag, 7. April 2020. Es ist Weltgesundheitsstag. Seit mehr als zwei Wochen gilt ein weitgehendes Kontaktverbot. Im Corona-Briefing berichtet Yanki Pürsün, dass die Zahl der Infizierten in Hessen nur moderat, die Zahl der Genesenen dafür stetig steigt. „Das zeigt, dass die Maßnahmen greifen“, sagt der Gesundheitspolitiker. Die Freien Demokraten im Hessischen Landtag haben die Landesregierung aufgefordert, eine Strategie zum Ausstieg aus den Corona-Einschränkungen vorzulegen. „Allem voran steht stets der bestmögliche Schutz von Gesundheit und Menschenleben, aber wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern auch aufzeigen, wie der Weg zurück in die Normalität aussehen soll“, heißt es im Namen von René Rock in der Mitteilung. Die Fraktion plädiert dafür, die Eingriffe in Freiheits- und Grundrechte auf das notwendige Maß zu beschränken. „Jede Einschränkung darf nur so lange aufrechterhalten werden, wie sie gesundheitspolitisch erforderlich ist. Die Landesregierung muss deshalb deutlich machen, welche Schritte sie plant“, lautet die Forderung.

Dienstag, 14. April 2020. Trotz Osterferien treffen sich Abgeordnete und Mitarbeiter zur Fraktionssitzung. Die Videokonferenz ist mittlerweile für alle Normalität geworden. Wie vieles andere auch: „Die Menschen haben das Kontaktverbot alles in allem gut verinnerlicht und halten sich weitestgehend an die Vorgaben“, stellt Yanki Pürsün zu Beginn der Sitzung fest. „Die Notbremse vor vier Wochen war richtig – aber jetzt ist es Zeit, sich Gedanken zu machen, wie das öffentliche Leben langsam wieder Fahrt aufnehmen kann“, ergänzt er. Allen Abgeordneten liegt der von ihm vorgeschlagene Plan zur Lockerung der Maßnahmen vor. Pürsün weist darauf hin, dass die Einschränkungen auch Folgen für das soziale Leben und die psychische Gesundheit der Menschen haben. Die Fraktion will sich dafür einsetzen, dass alle derzeit geltenden Maßnahmen auf Nutzen und Wirkung hin überprüft werden. Als wesentliche Indikatoren für die Wirkung und mögliche Lockerung von Einschränkungen schlägt sie die Anzahl der freien Intensivbetten, die Forschungserkenntnisse über die Übertragung des Virus, die Reproduktionsrate, die Verfügbarkeit von Schutzmaterial sowie das Verhalten der Bevölkerung vor. Darauf aufbauend und immer unter der Maßgabe, dass sich die Infektionszahlen weiter positiv entwickeln, sollten nun Lockerungen beschlossen werden. Stefan Naas kündigt an, ein Corona-Hilfe-Gesetz auf den Weg bringen zu wollen, das Unterstützung für Hessens Wirtschaft über die Soforthilfen hinaus vorsieht.

Donnerstag, 16. April 2020. Erneut hat die Landesregierung zu einer Pressekonferenz geladen. Am Vorabend hatten die Länderchefs mit der Bundeskanzlerin das weitere Vorgehen in der Corona-Krise beraten. Zahlreiche Details sind bereits bekannt. Trotzdem wartet das Land gespannt auf die Entscheidungen der Hessischen Landesregierung. Volker Bouffier verkündet, dass die Schulen in Hessen ab dem 27. April schrittweise wieder geöffnet werden. Auch die Beschränkungen im Einzelhandel werden gelockert, die meisten Geschäfte dürfen unter Auflagen wieder öffnen. In einer gemeinsamen Video-Pressekonferenz mit Nancy Faeser bewertet René Rock das Vorgehen als sinnvollen Kompromiss zwischen strengem Gesundheitsschutz und dem Bemühen um eine Rückkehr zur Normalität. Teile der getroffenen Festlegungen sind identisch mit dem Maßnahmenpapier, das seine Fraktion am Dienstag dieser Woche vorgestellt hat.

„Digitalisierung ist das Lebensgefühl unserer Zeit“

Die hessische Digitalministerin Kristina Sinemus (CDU) wird nicht müde, Hessen als das „Silicon Valley Europas“ zu bezeichnen. Dabei macht die Corona-Krise deutlich: Es fehlt eigentlich an allem: schnelle Leitungen, Home-Office für Mitarbeiter des Landes. Und es gibt zwar mittlerweile ein „digitales Schulportal“. Die Schüler können es störungsfrei aber nur nachts nutzen.

Ministerin Sinemus hat es nicht leicht: Sie eilt von Masteinweihung zu Masteinweihung, von Zuwendungsbescheid zu Zuwendungsbescheid. Seit der Corona-Pandemie kann sie ihre Geschwindigkeit aber deutlich steigern. Sie übergibt die Bescheide einfach digital. Dazu muss sie ihre für Wiesbadener Rekordmiete (24 Euro) neu bezogenen Luxusbüros im mondänen Tausenstraßen-Palais nicht einmal mehr verlassen. Die Opposition spottet eifrig über die Masten-PR: „Solange Sie noch jeden Mast einzeln einweihen können, bauen wir jedenfalls deutlich zu wenige“, twitterte etwa der FDP-Digitalpolitiker Oliver Stirböck. Die Rettungskräfte in der Wetterau, in der Peripherie des Ballungsraums Rhein-Main, beklagen sich jedenfalls in der hessischen Digitalisierungs-Wüste über „lebensgefährliche Funklöcher“, Notrufe seien oft nicht möglich, Ersthelfer müssten erstmal mit dem Auto über das Land fahren, um mühsam Netz zu suchen. Nicht nur in entlegeneren Gebieten des hessischen Uplandes, auch an Autobahnen und ICE-Trassen ist von schneller und dauerhafter Verbindung nichts zu spüren. Die Landesregierung nennt zwar hohe Zahlen bei der Netzabdeckung, bedient sich dabei aber eines Tricks: Sie schlüsselt die Zahlen nicht nach Anbieter auf. Das Ergebnis wären ansonsten deutlich geringere Werte. So schön die Regierung die Zahlen künstlich. „Hessen ist an der Spitze bei den Funklöchern“, berichtet dagegen die hr-Sendung „defacto“. Ein Grund für den schleppenden Mobilfunkausbau sind die langen Genehmigungsverfahren. Wenigstens hier hat sich jetzt die Landesregierung auf Druck von Mobil-

funkanbietern und Opposition bewegt: Masten unter 15 Metern sollen genehmigungsfrei und damit schneller zu bauen sein. „Die rund 1.000 Masten, die Sie bauen wollen, schafft China übrigens in rund zwei Tagen“, stichelte Stirböck im Landtag über die Sinemus-Ziele. Früher hätten die Konservativen mal den Systemvergleich mit Diktaturen gewinnen wollen, „jetzt haben sie aufgegeben“. Die Bestandsanalyse aus der Agenda 2020 der hessischen FDP wird immer deutlicher: Bei der Digitalisierung haben uns das Baltikum, Rumänien und Bulgarien längst überholt.

Doch die Ministerin lobt sich unverdrossen selbst weiter – und zieht von Landkreis zu Landkreis. Jüngst war die Bergstraße dran. Dort, konstatiert die Ministerin, „gibt es gar 95 Prozent schnelles Internet“. Fragt man nach, handelt es sich zum großen Teil um „schnelles Kupfer“, das so genannte Vectoring. Platzhirsch Telekom hatte es protegirt, um den Marktvorteil der eigenen Kupferleitungen ausnutzen zu können. Mit dem Vectoring kommt man immerhin auf eine Geschwindigkeit von 50 Mbit/s. Eine Familie kann damit zumindest via Netflix Filme streamen – solange sie nicht zu viele Mitglieder hat. Doch dann gerät das Vectoring an seine natürlichen Grenzen. Es bedarf keiner Phantasie: Für die Ansprüche der Zukunft ist es merklich ungeeignet. Insofern hat Hessen gegenüber jenen Bundesländern, die stärker auf Glasfaser anstatt auf Vectoring setzen, eher einen Standortnachteil. Verschärfend kommt hinzu: Die 90-Prozent-Abdeckung mit mindestens 50 Mbit/s erreicht Hessen fast ausschließlich in den Großstädten. Selbst rund ein Drittel der Gewerbegebiete hat keinen Breitbandzugang. „Jenseits des Ballungsraums überschreiten gerade mal etwas mehr als 40 Prozent diesen Richtwert“, klagt die Abgeordnete Wiebke Knell, Sprecherin der Freien Demokraten für den ländlichen Raum. Und selbst im weltstädtischen Frankfurt gibt es bis heute Gebiete, in denen nicht einmal 50 Mbit/s möglich sind,

Digitalisierung braucht dringenden Schub

Not macht erfinderisch – getreu diesem Motto trotzten die hessischen Freidemokraten der virusbedingten Absage des Landesparteitags am 6. Juni in Wetzlar und luden stattdessen erstmals zum Digitalen Programmatischen Tag ein, um über „Wege aus und nach der Corona-Krise“ zu diskutieren. Landesvorsitzender Dr. Stefan Ruppert betonte in seiner einleitenden Rede, dass die gegenwärtige Situation vielerorts den Rückfall Deutschlands in der Digitalisierung verdeutliche. Sie brauche deshalb dringend einen Schub, zumal es auch in Hessen noch immer Gegenden gebe, in denen Homeoffice aufgrund fehlender Breitbandanschlüsse nicht möglich sei. „Wir können es uns nicht länger erlauben, ein digitales Entwicklungsland zu bleiben“, so sein eindringlicher Appell an die politisch Verantwortlichen, den er mit der Forderung nach mehr Investitionen in Bildung, Digitalisierung und Forschung verband.

Mit dem ehemaligen Sozialdemokraten Dr. Florian Gerster, Minister a. D. in Rheinland-Pfalz, wohnte ein prominentes FDP-Neumitglied der Veranstaltung bei. Der ehemalige Chef der Bundesagentur für Arbeit beleuchtete in einem Impuls die Auswirkungen der Corona-Pandemie aus sozialpolitischer Perspektive und rief dabei auch die Erfolge der Agenda 2010 zu Beginn der 2000er-Jahre in Erinnerung, die als eine der größten, aber auch umstrittensten Reformprojekte der Nachkriegszeit in die Geschichte eingegangen war. In seinem Plädoyer für eine optimistische Leistungsgesellschaft forderte er „steuerliche Entlastungen für eine Wachstumspolitik, die den Abbau der zur Bewältigung der Corona-Krise entstehenden Schulden ermöglicht“. Ebenso wichtig seien der Vorrang öffentlicher Investitionen vor individuellen Sozialleistungen, eine Flexibilisierung des Renteneintrittsalters, die Rückabwicklung der



Moritz Promny



Bettina Stark-Watzinger

Rente mit 63, eine flächendeckende Ganztagsbetreuung für Kinder sowie die Digitalisierung der Schulbildung. Zudem warb Gerster für „Flexicurity“, ein arbeitsmarktpolitisches Konzept, welches sowohl die notwendige Flexibilisierung der Arbeit ermögliche als auch die Sicherheit der Arbeitnehmer garantiere.

Den Kern des Digitalen Programmatischen Tages markierte die in zwei parallel stattfindenden Videokonferenzen durchgeführte Beratung der Anträge „Wachstum und Innovationskraft in Hessen nach Corona“ bzw. „Kommunale Perspektiven mit und nach Corona“. Im Vorfeld waren bereits zahlreiche Änderungsanträge eingegangen, deren Einbringung aber auch noch während der Veranstaltung möglich war. Über die Chat-Funktion konnten die Teilnehmer Wortbeiträge anmelden. Die Abstimmungen wurden ebenfalls digital durchgeführt. Beide Anträge wurden nach intensiven Beratungen mit deutlicher Mehrheit angenommen, so dass einer formellen Beschlussfassung im Landesvorstand nichts mehr im Wege steht. „Die konstruktive Mitarbeit unserer Mitglieder und ihre überaus positiven Rückmeldungen haben gezeigt, dass die Entscheidung, ein solches Veranstaltungsformat anzubieten, richtig war“, so das zufriedene Fazit von Generalsekretär Moritz Promny.

Persönliches

100 Jahre Heinz Herbert Karry

Heinz Herbert Karry wäre am 6. März 100 Jahre alt geworden. Während Volker Bouffier den „unermüdlichen Einsatz für Demokratie und eine freie Gesellschaft“ des früheren Wirtschaftsministers lobte, erinnerte Dr. Stefan Ruppert daran, dass Karry etwa mit dem Ausbau des Frankfurter Flughafens die Grundlage der hessischen Wirtschaftskraft legte. Der feige Mord am 11. Mai 1981 sei „Mahnung und Anspruch, die freiheitlich-demokratische Grundordnung gegen ihre extremistischen Feinde gleich welcher Prägung zu verteidigen“.



© Archiv der FDP-Landtagsfraktion

Hessen in Hamburg

Kurz vor der Hamburger Bürgerschaftswahl reisten zahlreiche hessische Freidemokraten am 15. Februar zum Liberalen Aktionstag nach Hamburg, um die Parteifreunde in der finalen Wahlkampfphase zu unterstützen. „Obwohl es für den Wiedereinzug in die Bürgerschaft leider nicht gereicht hat, haben wir in Hamburg gemeinsam Flagge gezeigt und alle an einem Strang gezogen. Nur so können wir in Zukunft erfolgreich sein“, resümierte Generalsekretär Moritz Promny und dankte allen Teilnehmern für ihr großartiges Engagement.



© Archiv des FDP-Landesverbandes

Abschied aus dem Bundestag

In seiner vorerst letzten Rede im Deutschen Bundestag bezeichnete Landesvorsitzender Dr. Stefan Ruppert Pluralität als „Voraussetzung zur Bewältigung von Krisen“. Der Oberurseler, der bis zuletzt Parlamentarischer Geschäftsführer seiner Fraktion war, erklärte eine starke Bürgergesellschaft mit seinem Motto „Freiheit wird nicht von der Tribüne verteidigt“ für unerlässlich. Ruppert gehörte dem Bundestag zwischen 2009 und 2013 sowie von 2017 bis April 2020 an. Für ihn rückte der Jurist Matthias Nölke aus Kassel nach.



© Deutscher Bundestag

PGF-Wahl

Ende Januar wählte die FDP-Bundestagsfraktion die stellvertretende Landesvorsitzende Bettina Stark-Watzinger mit 97,2 Prozent zur neuen Parlamentarischen Geschäftsführerin. Sie verantwortet seitdem u.a. die Bereiche Personal und Justizariat. Während die Bad Sodenerin von „großer Freude, in verantwortungsvoller Position die Fraktionsarbeit der kommenden Jahre mitgestalten zu können“ sprach, sieht sie Ruppert „mit ihrer Mischung aus Kompetenz, Empathie und Sachlichkeit als ideale Parlamentarische Geschäftsführerin“.



© Privat

50. Geburtstag Nicola Beer

Die Vizepräsidentin des Europaparlaments und stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende Nicola Beer feierte am 23. Januar ihren 50. Geburtstag. Landesvorsitzender Dr. Stefan Ruppert würdigte ihre Verdienste als Hessische Kultusministerin sowie als FDP-Generalsekretärin. Nachdem sie das Thema Bildung hervorragend besetzte, habe sie wesentlich zum Wiedereinzug der Freien Demokraten in den Deutschen Bundestag beigetragen. Fraktionsvorsitzender René Rock bezeichnete sie als „mustergültige Kämpferin für die liberale Idee“.



© Chaperon

In jeder Krise ist Psychologie wichtig



© Sachverständigenrat

Deutschland steht vor einer schweren Rezession: Worauf werden wir uns konkret einstellen müssen und wer wird am Ende die Rechnung bezahlen?

Im Grunde befinden wir uns schon seit der zweiten Jahreshälfte 2019 in der Rezession. Was wir gerade erleben, ist sogar die schwerste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit. Wir müssen uns nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand auf einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr von mindestens 6,5 Prozent einstellen. Wenn es uns gelingt, nach dem Ende der Pandemie wieder rasch zur normalen Wirtschaftsaktivität zurückzukehren, bleiben die Schäden für die deutsche Wirtschaft begrenzt. Die dann massiv angestiegene Staatsverschuldung wird in der Zukunft vor allem über ein stärkeres Wirtschaftswachstum und durch Ausgabendisziplin abgebaut werden müssen.

Gilt Ludwig Erhards legendärer Satz „Wirtschaft ist zu 50 Prozent Psychologie“ eigentlich auch in der Corona-Krise?

In jeder Krise ist Psychologie wichtig. Ob es 50 Prozent sind, sei dahingestellt. Man sieht schon jetzt psychologische Effekte. Obwohl die Lockerungen für die Wirtschaft schon merklich sind, üben sich die Konsumenten in Kaufzurückhaltung und die Investoren warten erst mal ab.

Hätte man den Shutdown aus ökonomischer Sicht überhaupt verlängern können? Und wenn ja, wie lange?

Wenn man den Shutdown verlängert hätte, hätten wir mit mehr Insolvenzen rechnen müssen. Es macht aber keinen Sinn, Gesundheit und Wirtschaft im Zielkonflikt zu sehen. Ohne wirtschaftliche Prosperität lässt sich die vorzügliche medizinische Versorgung in Deutschland nicht finanzieren. Und ohne gesunde und leistungsfähige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ist eine starke Wirtschaft nicht zu gewährleisten.

Welche Auswirkungen erwarten Sie in Ländern wie Spanien oder Italien, die von der Krise noch wesentlich härter getroffen worden sind als Deutschland?

Der Wirtschaftseinbruch wird dort noch stärker sein. Man muss mit zweistelligen negativen Wachstumsraten rechnen. Spanien wird dadurch in seiner bislang erfolgreichen Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 zurückgeworfen. Italien wird in gefährliche Höhen der Staatsverschuldung kommen. Dies wird früher oder später zu Reaktionen auf den Anleihemärkten führen.

Bitte vervollständigen Sie den Satz: Wer heute die Einführung von Corona-Bonds fordert, ...

... spielt mit dem Feuer und bereitet der nächsten Euro-Krise den Weg.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Wirtschafts- und Sozialpolitik Verlags GmbH
Adolfsallee 11, 65185 Wiesbaden
Telefon 0611 99906-14

REDAKTION

FRAKTION DER FREIEN DEMOKRATEN IM HESSISCHEN LANDTAG

Tatjana Hajmássy (V.i.S.d.P.)
Schloßplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Telefon 0611 350-576
E-Mail: fdp@ltg.hessen.de
www.fdp-fraktion-hessen.de

FDP-LANDESVERBAND HESSEN

Michael Brückmann (V.i.S.d.P.)
Adolfsallee 11, 65185 Wiesbaden
Telefon 0611 99906-15
E-Mail: hessen@fdp.de
www.fdp-hessen.de

Das Magazin von Partei und Fraktion der Freien Demokraten Hessen erscheint gewöhnlich zweimal im Jahr.

DRUCK AC medienhaus GmbH, Ostring 13, 65205 Wiesbaden

BILDNACHWEIS iStock | AdobeStock | Archiv der FDP-Landtagsfraktion | Archiv des FDP-Landesverbandes | Chaperon | Sachverständigenrat | Deutscher Bundestag | Privat